



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/247

23. Oktober 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Kritische Wertung des CDU-Parteitag	S.1
Zu einem Buch von Väinö Tanner	S.3
Österreichische Gewerkschaften säubern	S.4
Bekämpfung der Bürokratisierung	S.5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S.6

### Parteitag der Gemeinplätze

-nn. Ein Parteitag büsst nichts an Wert ein, wenn die kritischen Beobachter mit ihren Spekulationen auf Meinungs- und Richtungskämpfe nicht auf ihre Kosten kommen. Die politisch und organisatorisch in sich gefestigte Partei wird, wenn nicht entscheidende Fragen zu klären sind, ihr Wollen nach aussen erkunden, ohne dass ein hier und da fallendes kritisches Wort besonderes Gewicht hätte. Wenn es aber eine Partei wie die CDU unternimmt, zum erstenmal mit einem repräsentativen Kongress hervortreten, dann sollte man meinen, dass die seit Jahren vor aller Welt im Widerstreit liegenden Meinungen der Flügel und Landesverbände ehrlich ausgetragen würden. Das ist in Goslar nicht geschehen. Wo klare Überzeugungen dargelegt werden mussten, herrschte die Langeweile des akademischen Referats. Wo man sich Redeschlachten hätte liefern müssen, herrschte die Friedhofsruhe der politischen Gemeinplätze.

Ohne Zweifel hatte der historische Professor aus Münster einen programmatischen Auftrag mit weit gesteckten Zielen. Aber es zeigte sich, dass der Stier nur ein Öchlein war, von dem man nach dem alten Wort eben nicht mehr verlangen kann als ein gutes Stück Fleisch. Gut gelerntes historisches Wissen in allen Ehren, aber traurig, wenn es nur zum Beweise dafür benutzt wird, wieviel Unfug man in der Politik damit anrichten kann. Der gute alte Kaiser Augustus hat sich gewiss nicht träumen lassen, nach soviel Jahren noch das politische Firmenschild für eine Partei liefern zu müssen, die sehr gut weiss, was sie will, es aber nicht zu sagen wagt. Warum riss Herr Stier sein schönes konservativ-national-christliches Programmgebäude selbst wieder ein? Immerhin, die

Rückschlüsse, die seine Rede zu ziehen erlaubt, sind interessant genug. Er feierte den Zug nach rechts und sprach ein fürchterliches Verdammungsurteil über die Revolutionen. Die braven, gut genährten Bürger zuckten furchtsam in den Kinossesseln zusammen, als er sagte, die Entnazifizierung zeige, dass sich eine Revolution nach 1945 bestimmt nicht in christlichen Bahnen abgespielt hätte. Von einem Historiker, der noch an Spengler krankt und einen Richard Tüngel zum Kronzeugen aufruft, brauchte man nicht viel Wesens zu machen, wenn nicht die ebenso dumme<sup>n</sup> wie gehässigen Ausfälle gegenüber der Sozialdemokratie von höherer Stelle bestellt gewesen wären. Wenn es schon nötig war, einige CDU-Politiker zur Ordnung zu rufen, weil sie der Parteiführung nicht reaktionär genug sind, dann hätte man es in einer Form tun sollen, durch die nicht das gesamte politische Leben vergiftet wird.

Was sonst noch geschah, kann beim besten Willen nicht als ein fruchtbarer Beitrag für das politische Leben angesehen werden. Manches bisher Versteckte wurde sichtbar. Konzessionen nach links oder rechts hoben sich durch ihre Widersprüche wieder auf. Eine Partei, die ihre Existenz mit der Notwendigkeit, die Interessen der Kirche durchzusetzen, begründet, die die parlamentarische Demokratie als ein Requisite des 19. Jahrhunderts ansieht, die den christlichen Fortschritt in der Feudal- und Zunftordnung des Mittelalters feiert und der scheinbaren sozialen Problemlosigkeit der Völker Asiens unter der vorbildlichen Kolonialherrschaft christlicher Europäer nachtrauert - eine solche Partei hat die Zeichen der Zeit wahrhaftig nicht verstanden. Sie wird jeden als Antichrist verdächtigen, der ihr die hoffnungslose Vermenschung von religiösem Glauben und reaktionärer Politik vorwirft. Diese Partei wird immer darauf bestehen, dass das heilige Wort nicht in politische Wirklichkeit umgewandelt wird, sondern es als Aushängeschild für die Bewahrung dessen benutzen, was an materiellen Gütern und gesellschaftlicher Ordnung nur noch der kleinen Gruppe von Besitzenden wertvoll sein kann. Diese CDU macht es dem fortschrittlich gesinnten, den wirklichen Aufgaben der Zeit gegenüber aufgeschlossenen Christen unmöglich, das Wort Gottes ohne Trauer zu hören.

Als Finnland überfallen wurde

KPK Helsingfors, im Oktober

Der ehemalige sozialdemokratische Finanzminister Väinö Tanner, bedeutendster Mann in der finnischen Regierung zur Zeit des russischen Überfalls auf Finnland, hat eben seine Erinnerungen aus jenen Tagen veröffentlicht. Es kommt ihnen umso grössere Bedeutung zu, als er zu Beginn des Überfalls das Aussenministerium übernommen hatte. Interessant ist die feste und unverblünte Sprache des Buches. Tanner nimmt kein Blatt vor den Mund.

Bemerkenswert ist das Vorspiel, das der Überfall gehabt hatte. Darüber liest man in Tanners Erinnerungen zum ersten Mal. Im Frühjahr 1938 war von der Sowjetregierung eine Einladung zu Verhandlungen gekommen. Der zweite Legationssekretär der russischen Gesandtschaft, Jartsew, wandte sich an den damaligen finnischen Aussenminister Holst mit der Mitteilung, er habe sehr weitgehende Vollmachten, "ausschliesslich mit Finnlands Aussenminister" über eine "Verbesserung der Beziehungen" zwischen den beiden Ländern zu sprechen. Von den Verhandlungen sollte weder der russische Gesandte in Helsingfors noch der erste Legationssekretär etwas erfahren. Jartsew war laut Tanner GPU-Mann. Dieser erstaunlichen Einleitung folgte ein russischer Vorschlag zum Abschluss eines Freundschaftspaktes. Finnland sollte sich verpflichten, bei einem Angriff Deutschlands russische Hilfe entgegenzunehmen. Die Alandsinseln sollten mit russischer Hilfe befestigt werden und einen ständigen russischen Beobachter erhalten, dessen Anwesenheit hätte geheimegehalten werden müssen. Die Russen sollten ferner Helgoland befestigen dürfen. Finnland hätte dafür die Unabhängigkeit durch die Sowjetunion garantiert und "einen besonders günstigen Handelsvertrag" bekommen.

Finnland lehnte das Angebot in durchaus undiplomatischen Wendungen zweimal ab. Als die russischen Forderungen in verschärfter Form im Oktober 1939 zum dritten Mal wiederholt wurden, sagte der jetzige finnische Staatspräsident Paasikivi bei den Unterhandlungen mit Stalin, dass die verlangten Konzessionen auf Hangó und die Landabtretungen in Karelien zu schwere Opfer seien. Da antwortete Stalin:

"Das ist ja eine Kleinigkeit. Sehen Sie nur auf Hitler! Er meinte, dass die Grenze Polens zu nahe bei Berlin liege und verschob sie um 300 km".

Paasikivi: "Wir wollen in Frieden leben und uns von allen Konflikten fernhalten".

Stalin: "Das ist unmöglich"!

Dass Schweden nicht die von Finnland verlangten militärischen Hilfsverbände schickte und den Durchmarsch der von den Westmächten versprochenen Hilfstruppen verweigerte, hat bei der damaligen finnischen Regierung nicht soviel Verdross hervorgerufen wie der Ton, in dem die schwedische Ablehnung erfolgte. Die schwedische Antwort war "rekordkalt" und dazu bestimmt, Finnland zum Friedensschluss zu veranlassen. Das kühle schwedische Kommuniqué hat nach Tanners Ansicht die Ansprüche der Russen gesteigert.

Dass der russische Überfall auf das kleine Finnland genau nach nazistischem Muster erfolgte, wird aus Tanners Schrift sehr deutlich. Den Sieg verdankten die Russen nicht ihrer militärischen Tüchtigkeit, sondern der zahlenmässigen Übermacht.

- - -

#### Österreichische Gewerkschaften säubern

-s. Wien, Ende Oktober

Die kommunistischen Exzesse anlässlich des vierten Lohn-Preis-Abkommens (über die berichtet wurde) haben zu einer Säuberung im Österreichischen Gewerkschaftsbund geführt. Die kommunistischen Sekretäre Neubauer (Bau- und Holzarbeiter), Kodicek, Hef und Szabo (Textilarbeiter) und Waidenauer, Moser und Blumenschein (Metallarbeiter) wurden ausgeschlossen; besonders eindrucksvoll wurde die Maßnahme aber erst durch die Entfernung des kommunistischen Vizepräsidenten des Gewerkschaftsbundes, Fiala. Gottlieb Fiala, als österreichischer Kriegsgefangener im Jahre 1917 Teilnehmer an der Sowjetrevolution, mit Organisationsaufträgen der Sowjets im Bereich der Kriegsgefangenen betraut, ist Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ und des Politbüros und als stellvertretender Generalrat des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes bekannt. Durch diese Neuordnung wird die Arbeit im Gewerkschaftsbund ausserordentlich erleichtert; es war bisher so, dass wohl die Sozialisten als die Tonangebenden eine österreichische Arbeiterpolitik machten, dabei aber viel Elan, Geradlinigkeit (und Zeit!) verloren ging, weil die Kommunisten auch hier ihre auftragsgemässe Obstruktion trieben, die immer nur von den eigentlichen Arbeiterinteressen ablenkte. Zuletzt mißbrauchte die kommunistische Minorität ihre Stellungen in den Gewerkschaften zu einer Streikpolitik, von der sich der Gewerkschaftsbund deutlich distanziert hatte.

- - -

Gibt es ein Mittel gegen die Bürokratisierung?

Mit dieser Frage befasste sich der Deutsche Soziologentag in Detmold, der Jahreskongress der Forscher und Lehrer der Gesellschaftswissenschaft. Bürokratisierung sei ein allgemeines Merkmal des Massenzeitalters, sagte der Mainzer-Soziologe Emge, und Prof. Gehlen von der Speyerer Verwaltungsakademie führte aus, die immer weiter greifende Organisierung des Weltgeschehens führe zu einem immer weiteren Ausgreifen der Bürokratisierung, die eine Weltbürokratisierung zu werden beginne. Was wir Bürokratisierung nennen, sei also im wesentlichen die Folge einer allgemeinen Entwicklung, an der politische Maßnahmen nicht viel zu ändern vermöchten.

Gegen diese Auffassung wird nicht viel einzuwenden sein. Aber sie vernachlässigt die spezifisch deutsche Form der Bürokratie, die ihre Wurzel im alten deutschen Obrigkeits- und Untertanenstaat hat. Und hier, so meinen wir, lässt sich wohl mit politischen Maßnahmen einiges erreichen. Solche Maßnahmen kamen vor allem in der Diskussion zur Sprache. Gehlen selbst, der die preussische Auffassung des "Dienstes" verteidigte, und die Ansicht vertrat, der soviel gerühmte Zopf des deutschen Beamten sei ein Gegengewicht gegen die wechselnden Forderungen des Tages, trat für eine grössere Öffentlichkeit der Verwaltung ein. Die Behörden sollten dem Volke Einblick in ihre Arbeit geben, damit es sich für seine eigenen Angelegenheiten zu interessieren beginne. Die wirksamsten Methoden dafür solle man durch Erprobung ermitteln. Die Erziehung der Beamten solle beweglicher und umfassender sein, auch während der Dienstzeit noch fortgesetzt werden, vor allem durch Beschäftigung in wechselnden Ressorts. Die englische Art, die künftigen höheren Beamten als Privatsekretäre führender Politiker und Verwaltungsmänner in ihre Laufbahn einzuführen, könne hier vorbildlich sein.

Von anderer Seite wurde erklärt, man müsse die Angst des niederen Beamten vor der selbständigen Entscheidung bekämpfen. Ein Heidelberger Professor wandte sich mit eifriger Offenheit gegen die Unhöflichkeit in deutschen Amtszuschriften. In England bekomme selbst aus den Ministerien der Staatsbürger die Antwort auf seine Anfrage mit der Unterschrift "Ihr gehorsamer Diener" - wann werde sich die deutsche Verwaltung dazu aufschwingen, ihre Mitteilungen wenigstens mit dem selbstverständlichen "Hochachtungsvoll" zu unterzeichnen? Ein Abteilungsleiter der Berliner Hochschule für Politik wies auf den Berliner Versuch hin, durch eine Aufgliederung der Stadtverwaltung in kleine Bezirke die Reste von Selbstverwaltung zu stärken. Ein Verwaltungspraktiker, der sich selbst als "al-

ten Bürokraten" bezeichnete, pflichtete ihm bei das ehrenamtliche Element müsse gestärkt, der Bereich der Selbstverwaltung möglichst erweitert werden. Schliesslich wurde vorgeschlagen, nicht zu viele Spezialverwaltungen nebeneinander zu schaffen; das erschwere nicht nur die Zusammenarbeit und verzögere die Entscheidungen, sondern verführe auch zu jener Aufblähung und Machtgier der Ressorts, von denen jedes möglichst viele Dinge an sich zu ziehen sucht. Besser als viele Sonderverwaltungen sei eine gut ausgestattete allgemeine Verwaltung.

- - -

#### Südwestsachsen durch Uranbergbau verwüstet

sp. Im vogtländischen Teil des sächsischen Uranbergbaugesbietes, dem Gebiet Falkenstein i.V. - Plauen i.V., werden Tag für Tag durch die von der Wismuth-AG angeordneten Versuchsbohrungen und ähnliche Arbeiten grosse Verwüstungen verursacht. In einem Brief aus diesem Gebiet an das Ostbüro der SPD heisst es:

"Ganze Wälder werden vernichtet. Schleusen werden durch die Dörfer geschlagen, stellenweise geht man sogar soweit, durch Getreidefelder, Obstgärten, Kartoffelfelder Gräben von 1,20 m Breite und 3,50 m Tiefe zu ziehen. Häuser müssen geräumt werden. Keine deutsche Behörde ist in der Lage, dagegen etwas zu unternehmen. Wo die Wismuth ihre Pfähle einschlägt, hören die Menschen auf, Menschen zu sein. Auf die bestellten Felder wird das tote Gestein geworfen. Überall entstehen grosse Halden. Den Bauern werden rücksichtslos soviel Hektar Land genommen, wie für die Wismuth-Anlagen gebraucht werden. Die Bauern erhalten dafür nicht die geringste Entschädigung - im Gegenteil, sie müssen trotz allem ihr Abgabesoll schaffen. Sind die Suchaktionen der Wismuth beendet, können die Bauern ihre Felder auf Jahre hinaus nicht mehr bestellen, weil "saurer Boden nach oben gekommen ist, auf dem in den gebirgigen Landstrichen nichts mehr gedeiht".

- - -

Absagen an Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft. (sp.) Wie das Ostbüro der SPD erfährt, ist der kommunistisch inspirierte Gesamtdeutsche Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft in eine schwere Krise geraten. So erklärte Professor Ehrenberg aus München gegenüber der Berliner Zentralstelle des Arbeitskreises, dass sein Name im Zusammenhang mit dem Arbeitskreis nicht mehr genannt werden dürfe. Ausserdem fordere er umgehend eine wissenschaftliche Arbeit zurück, die er der Zeitung "Land und Volk" zur Verfügung gestellt habe, Er könne es nicht mehr mit seiner Überzeugung vereinbaren, eine Organisation zu unterstützen, die sich als kommunistisch herausgestellt habe.-Prof. Mitscherlich lehnte die Wahl ins Präsidium mit der Begründung ab, er könne die Übernahme derartig wichtiger Funktionen nicht mit seiner wissenschaftlichen Arbeit in Einklang bringen. - Als Dritter versagte Prof. Römer aus Halle dem Arbeitskreis seine weitere Mitarbeit. Er wehre sich dagegen, dass sein Name auf die Präsidentenliste gesetzt worden sei, ohne dass vorher sein Einverständnis eingeholt worden sei. Er sei Wissenschaftler und habe die politischen Absichten und Hintergründe dieser Aktion erkannt. Deshalb distanzieren er sich vom Arbeitskreis.

- - -